

Landkreis Wesermarsch, Poggenburger Str. 15, 26919 Brake

An die Mitglieder des Gremiums  
als Protokoll

allen übrigen Kreistagsmitgliedern  
zur Kenntnisnahme

Auskunft erteilt: Ines Mannagottera  
Zimmer.: 239  
Telefon: 04401 – 927 326  
04401 – 927 0 (Zentrale)  
Telefax: 04401 – 927 339  
E-Mail: ines.mannagottera@lkbra.de

Brake, den 24.02.2014

## Protokoll

zur öffentlichen Sitzung mit anschließendem nicht öffentlichen Teil

Gremium		SoziA/11/2014
<b>Ausschuss für Soziales und Gesundheit</b>		
am Donnerstag	Sitzungsdauer	Ort
20.02.14	16:30:00 bis 18:45:00 Uhr	Kreishaus, großer Sitzungssaal, Poggenburger Straße 15, 26919 Brake

Anwesend sind:

### Stimmberechtigte Mitglieder

Dr. Hans Schmid  
Ahmet Akdogan  
Jens Harders  
Günter Hespos  
Karin Logemann  
Dragos Pancescu  
Uwe Thöle  
Andreas von Lübken  
Theresa Wiesensee

Ausschussvorsitzender  
Ausschussmitglied  
Ausschussmitglied  
Ausschussmitglied  
In Vertretung von Frau Zöllner  
Ausschussmitglied  
In Vertretung von Frau Schinski  
Ausschussmitglied  
stellv. Ausschussvorsitzende

### Beratende Mitglieder (Grundmandat)

Walter Erfmann

Ausschussmitglied

### Beratende Mitglieder

Peter Deyle  
Christine Sassen-Schreiber  
Karin Schelling-Carstens  
Ralf Buntten

Vertr. DRK  
Vertr. Wohlfahrtsverbände  
Vertr. Diakonisches Werk Wesermarsch  
Vertr. Caritasverband

## **von der Verwaltung**

Volker Blohm  
Hans Kemmeries  
Ingrid Miodek  
Matthias Sturm

Leiter FD 53 - Gesundheit  
Erster Kreisrat  
Leiterin FD 50 - Soziales  
Ref. 91 - Büro des Landrats, Protokollführung

Entschuldigt sind:

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

MdL Horst Kortlang  
Ursula Schinski  
Hille Tiarks  
Angelika Zöllner

Ausschussmitglied  
Ausschussmitglied  
Ausschussmitglied  
Ausschussmitglied

## **Beratende Mitglieder**

Ingo Holtz  
Manfred Krüger

Vertr. Sozialverband VDK  
Vertr. Sozialverband Deutschland

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil:**

- 1 Begrüßung und Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 27.11.2013
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Tätigkeitsbericht der PARLOS gGmbH  
Vorlage: 2014/FD53/014
- 6 Schuldnerberatung in der Wesermarsch  
Vorlage: 2014/FD50/022
- 7 Hospiz- und Palliativversorgung im Landkreis Wesermarsch  
Vorlage: 2014/FD53/013
- 8 Aufgabenerweiterung zum Senioren- und Pflegestützpunkt Niedersachsen  
Vorlage: 2014/FD50/020
- 9 Berichte des Fachdienstes Soziales  
Vorlage: 2014/FD50/021
- 10 Verschiedenes

## Öffentlicher Teil:

<b>1</b>	Begrüßung und Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
----------	---

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

<b>2</b>	Feststellung der Tagesordnung
----------	-------------------------------

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass die Reihenfolge der Tagesordnung verändert wird. Der ursprüngliche TOP 8 (Schuldnerberatung in der Wesermarsch) wird TOP 6. Die folgenden TOPe verschieben sich dementsprechend. Hierüber besteht Einvernehmen.

Im Übrigen wird die Tagesordnung ohne Einwände festgestellt.

<b>3</b>	Genehmigung der Niederschrift vom 27.11.2013
----------	--

Die Niederschrift über die Sitzung vom 27.11.2013 wird in der vorliegenden Fassung einstimmig genehmigt.

<b>4</b>	Einwohnerfragestunde
----------	----------------------

Fragen von Herrn Cassens werden im Anschluss an den TOP 7 (Hospiz- und Palliativversorgung im Landkreis Wesermarsch) beantwortet.

<b>5</b>	Tätigkeitsbericht der PARLOS gGmbH Vorlage: 2014/FD53/014
----------	--

Frau Horstmann und Herr Wigbers stellen die Arbeit der Fachstelle Sucht und Suchtprävention der PARLOS gGmbH vor. Die Präsenstation ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Auf Nachfrage des Abg. Thöle teilt Frau Horstmann mit, dass im Jahr 2013 247 Personen mit Suchtproblematik betreut wurden. Bei den Suchterkrankungen stehen Cannabis und Heroin im Vordergrund. Schwerpunktmäßig treten Suchtproblematiken in städtischen Siedlungsgebieten auf.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

<b>6</b>	Schuldnerberatung in der Wesermarsch Vorlage: 2014/FD50/022
----------	--

Frau Schelling-Carstens stellt zusammen mit Frau Fitz den Jahresbericht 2013 zur Schuldnerberatung der Caritas vor. Seit dem 01.01.2001 nimmt die Caritas diese Aufgabe in guter Zusammenarbeit mit dem Landkreis wahr.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

<b>7</b>	Hospiz- und Palliativversorgung im Landkreis Wesermarsch Vorlage: 2014/FD53/013
----------	--

Herr Kemmeries berichtet über ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Palliativ Netzwerks Wesermarsch. Die Eintragung als Verein ist zwischenzeitlich erfolgt, das Anerkennungsverfahren bei den Kassen ist in Vorbereitung. Der Landkreis hat seine Unterstützung zugesagt. Vereinbart wurde, dass sich der Verein im nächsten Fachausschuss am 05.06.13 präsentiert.

Hinsichtlich der Planungen eines stationären Hospiz in der Wesermarsch wurde die Trägerstruktur in der Kreisarbeitsgemeinschaft (KAG) der Wohlfahrtsverbände thematisiert. Hierzu erläutert Frau Schelling-Carstens eine Analyse zur Notwendigkeit eines stationären Hospiz in der Wesermarsch auf Basis der verfügbaren Zahlen des Deutschen Hospiz- und Palliativverbandes. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt. Grundsätzlich stünde man einem solchen stationären Hospiz in der Wesermarsch positiv gegenüber, jedoch unter dem Vorbehalt der betriebswirtschaftlichen Machbarkeit. Als Fazit der Analyse der KAG wird festgestellt, dass selbst bei einer Belegung von 8 Plätzen derzeit ein Defizit von rd. 72 Tsd. Euro p. a. entstünde, bei 7 belegten Plätze sogar rd. 164 Tsd. Euro p.a. betrage, so dass derzeit der kosteneffiziente Betrieb eines stationären Hospiz in der Wesermarsch nicht gegeben sei. Es solle jedoch zukünftig mit aktuelleren und möglichst lokal gültigen Kennzahlen erneut gerechnet werden.

Für die Kreisverwaltung stellt Herr Kemmeries klar, dass man nicht gegen ein stationäres Hospiz in der Wesermarsch sei. Begleitung und Unterstützung wurde nochmals zugesagt. Das derzeit rechtliche Verbot des Übergangs von einem stationären Pflegeheim in ein stationäres Hospiz sei kritisch zu sehen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

<b>8</b>	Aufgabenerweiterung zum Senioren- und Pflegestützpunkt Niedersachsen Vorlage: 2014/FD50/020
----------	--

Frau Miodek berichtet, dass der Landkreis das Okay des Landesverbands der Pflegekassen für sein Konzept erhalten habe.

Mit Hinblick auf den Antrag der Caritas vom 21.01.14 zur Wahrnehmung der Teilaufgabe des Seniorenservicebüros im Rahmen des Senioren- und Pflegestützpunktes verweist Frau Miodek auf die Regelung zu Punkt 3.3 des Konzeptes, die aus Gründen der Neutralitätswahrung eine Zusammenarbeit mit mehreren Trägern vorsieht.

Herr Kemmeries verweist auf die jahrelange Wahrnehmung der Aufgabe des Seniorenservicebüros durch die Caritas, hält jedoch Kooperationen, bei denen der Bürger faktisch zwei unterschiedliche Ansprechpartner hätte, für schwierig. Eine zukunftsgerichtete Gesamtstruktur würde seitens der Kreisverwaltung angestrebt.

Auf Nachfrage teilt Frau Miodek weiter mit, dass Zuwendungsempfänger in der bisherigen Richtlinie der Landkreis war, mittlerweile die Formulierung auf „in der Regel der Landkreis“ geändert wurde.

Auf Nachfrage des Abg. Erfmann weist Herr Kemmeries darauf hin, dass über die Wahrnehmung der Aufgabe durch den Landkreis keine weitere Beschlussfassung erforderlich sei, da bereits im Rahmen der haushaltsrechtlichen Beschlüsse durch den Kreistag entschieden wurde, dass der Landkreis hierfür eine Summe in den Haushalt 2014 einstellt, diese Aufgabe also selber wahrnimmt.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Miodek weist darauf hin, dass die Zahl der leistungsberechtigten Asylbewerber von 2012 auf 2013 in der Wesermarsch von 189 auf 265 Personen gestiegen sei. Für 2014 wurden vom Bundesamt bereits 128 weitere Asylbewerber angekündigt. Die vom Land gewährte Pauschalabrechnung von 5.932 Euro je Person sei angesichts teilweise erheblicher Kosten im Rahmen der Krankenhilfe nicht ausreichend, so dass eine Spitzabrechnung verlangt würde. Die Ausgaben für die Flüchtlingssozialarbeit sollten aufgestockt werden. An die Adresse der Vermieter in der Wesermarsch wurde appelliert, freien Wohnraum zu melden, der für die Unterbringung von Asylbewerbern benötigt würde.

Hinsichtlich der Anpassung des Mietspiegels wird eine Fachfirma aus Hamburg im nächsten Fachausschuss berichten und einen qualifizierten Mietspiegel für die Wesermarsch vorlegen. Dieser dient zur gerichtsfesten Berechnung der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft bei Sozialleistungen.

Beim Betreuungsgeld sind die Fallzahlen vom 01.08. bis 31.12.13 auf 104 Anträge gestiegen. Am 01.07.14 wird das Betreuungsgeld von 100 auf 150 Euro monatlich erhöht.

Der Zahl der Bundeselterngeldfälle ist von 662 auf 724 (+9 %) gestiegen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Kemmeries berichtet aus aktuellem Anlass, dass die kartellrechtliche Genehmigung für die Übernahme der Wesermarschklinik von der Rhön-Klinikum AG durch die Helios-Kliniken erteilt wurde. Die restlichen Vertragsfragen würden bis Ende Februar geregelt, so dass ab dem 01.03.14 die Wesermarschklinik einen neuen Eigentümer haben wird.

---

Dr. Schmid  
Ausschussvorsitz

---

Sturm  
Protokollführung